Beschlussvorlage

Sachgebiet 20.1

Aktenzeichen:

Vorlage Nr.: BV/0009/2012

Vorlage für die Sitzung		
Haupt- und Finanzausschuss	03.09.2012	öffentlich
Rat	10.09.2012	öffentlich

Beratungsgegenstand: **Überplanmäßige und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 2012**

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:

Haushaltmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:
siehe Sachverhalt

1. Beschlussvorschlag:

- Als Empfehlung an den Rat -

Der Rat beschließt

- eine überplanmäßige Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung des Haushaltsjahres 2012 für die Investitionsmaßnahme INV12-0006 „BPI 61 "Gülden Morgen"/Bahn-HP Römerkanal/Strbau“ i.H.v. 918.000 € und

- eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung des Haushaltsjahres 2012 für die Investitionsmaßnahme INV11-0012 „B-Plan 61, "Gülden Morgen", Kanalerschließung“ i.H.v. 485.000 €

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

1. Allgemeines

Das Projekt „Errichtung Bahnhaltepunkt Römerkanal“ soll in Abstimmung mit der Bahn im Zeitraum 2012 bis 2014 realisiert werden. Die Baumaßnahme soll aus Wirtschaftlichkeitsgründen in einem Gesamtauftrag in 2012 vergeben werden. Für diese Vergabe des Gesamtauftrags in 2012 fehlt aber aktuell die vom Rat beschlossene Ermächtigung. Zwar reichen die im Haushaltsplan 2012 am 21.05. beschlossenen Haushaltsansätze der Jahre 2012 bis 2014 aus heutiger Sicht aus, die Rechnungen der jeweiligen Jahre begleichen zu können. Allerdings ist zusätzlich eine Ermächtigung des Rates notwendig, um eine vertragliche Bindung über das Gesamtvolumen der Baumaßnahme in 2012 eingehen zu können. Diese Form der Ermächtigung, die sich nicht auf die Perspektive der „Ausgabewirksamkeit“ bezieht (hierfür wurden die „Haushaltsansätze“ in ausreichender Höhe beschlossen) sondern auf das „Eingehen von rechtlichen Verpflichtungen“ abstellt, wird mit Hilfe der „Verpflichtungsermächtigung“ beschlossen.

Das Projekt „Errichtung Bahnhaltepunkt Römerkanal“ teilt sich im städtischen Haushalt auf die beiden Investitionen

- INV12-0006 „BPl 61 , 'Gülden Morgen'/Bahn-HP Römerkanal/**Straßenbau**“ und
- INV11-0012, „B-Plan 61, 'Gülden Morgen', **Kanalerschließung**“

auf. Für beide Investitionen reichen die Ermächtigungen für das Eingehen von vertraglichen Bindungen in 2012 nicht aus.

Nachstehend erfolgen konkrete Erläuterungen zu diesen beiden Investitionen:

2a. INV12-0006 „BPl 61 "Gülden Morgen"/Bahn-HP Römerkanal/Strbau“

Insgesamt sind für die Investitionsmaßnahme INV12-0006 „BPl 61 "Gülden Morgen"/Bahn-HP Römerkanal/Strbau“ folgende Haushaltsansätze beschlossen worden:

Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
100.000 €	340.000 €	940.000 €
Summe Ansätze 2012-2014: 1.380.000 €		

Aus einem Vergleich mit einer aktuellen Kostenprognose wird deutlich, dass die mit Haushaltsplanbeschluss vom 21.05.2012 festgelegten Ansätze in ihrer Höhe weiterhin eine realistische Abbildung des Investitionsbedarfs darstellen:

Kostenprognose vom 22.06.2012:

Baukosten:	1.238.000 €
Ingenieurleistungen:	120.000 €
Gesamtkosten:	1.358.000 €

Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist es sinnvoll, die Baumaßnahme in einem Gesamtauftrag zu vergeben. Der Realisierungszeitraum der Maßnahme ist mit der Bahn abgestimmt und erfordert einen Baubeginn in 2012.

Für die Vergabe eines Gesamtauftrags mit einem Volumen von 1.238.000 €(und der Vergabe des Ingenieur-Auftrags i.H.v. 120.000 €) im Haushaltsjahr 2012 fehlt aber noch die Ermächtigung des Rats. Zwar ist die voraussichtliche Auszahlung dieser 1.238.000 € + 120.000 € in den Jahren 2012 – 2014 durch ausreichend hohe Ansätze eingeplant, allerdings fehlt die Ermächtigung für das Eingehen einer vertraglichen Bindung über das Gesamtvolumen im Haushaltsjahr 2012.

Diese Legitimierung wird über das Instrument „Verpflichtungsermächtigung“ sichergestellt.

Bereits mit Haushaltsplanbeschluss wurde eine Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 340.000 € beschlossen. Diese Verpflichtungsermächtigung muss nun erhöht werden, wenn man in 2012 das gesamte Investitionsvolumen vergeben möchte. Die Berechnung dieser zusätzlichen überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gestaltet sich wie folgt:

benötigte Ermächtigung 2012 für Vergabe Bauauftrag:	1.238.000 €
benötigte Ermächtigung 2012 für Ingenieurleistungen:	+120.000 €
abzüglich „vorhandener Ansatz 2012“:	-100.000 €
abzüglich „bereits mit Haushaltsplan am 21.5. beschlossene Verpflichtungsermächtigung“:	-340.000 €
Bedarf an zusätzlicher Verpflichtungsermächtigung:	918.000 €

2b. INV11-0012, „B-Plan 61, 'Gülden Morgen', Kanalerschließung“

Insgesamt sind für die Investitionsmaßnahme INV11-0012, „B-Plan 61, 'Gülden Morgen', Kanalerschließung“ folgende Haushaltsansätze beschlossen worden:

Ansatz 2012	Ansatz 2013
600.000 €	485.000 €
Summe Ansätze 2012-2014: 1.085.000 €	

Auch hier reichen nach aktueller Kostenschätzung die eingeplanten Haushaltsansätze für die Baumaßnahme für die Bezahlung der zu erwartenden Rechnungen in 2012 und 2013 aus. Der einzige Unterschied zur Straßenbauinvestition INV12-0006 ist, dass hier bisher überhaupt keine Verpflichtungsermächtigung beschlossen wurde, also ein außerplanmäßiger Vorgang vorliegt.

Das Volumen der außerplanmäßig zu beschließenden Verpflichtungsermächtigung des Haushaltsjahres 2012 für die INV11-0012 beträgt 485.000 €

3. Grundsätzliche Bemerkungen

Grundsätzlich sind Verpflichtungsermächtigungen kritisch zu prüfen. Schließlich wird die Ausgabewirksamkeit erst Jahre später realisiert, nachdem die Verpflichtungsermächtigung beschlossen wurde. Damit werden mit aktuellen Entscheidungen die Handlungsspielräume zukünftiger Jahre eingeschränkt. Dieses Auseinanderfallen von „Beschluss“ und „Wirkung“ reduziert Steuerungsmöglichkeiten in der Haushaltsgestaltung.

Für die aktuelle Investitionsmaßnahme ist aber in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass die erforderlichen Ansätze der Folgejahre bereits in der Finanzplanung des Haushaltsplans 2012 aufgenommen wurden. Hinzu tritt, dass zwischenzeitlich eine Einplanungsmitteilung für eine Landeszuweisung in Höhe von 1.353.600 € vorliegt, die – anders als die Ausgabeansätze – bisher noch nicht in die Haushaltsplanung aufgenommen wurde, so dass die Finanzplanungsjahre 2013 und 2014 eine Entlastung erfahren.

Bei nächstmöglicher Berücksichtigung im Haushaltsplan 2013 stellt sich diese Maßnahme also mit einem geringeren Kreditbedarf dar als im Haushaltsplan 2012.